

Immer wieder Österreich: Realitätsblindheit als

Auf der Suche nach Antworten auf die Frage, warum die oft beschworene „Zukunftsfähigkeit“ der Republik sich in hohler Selbstbeweihräucherung erschöpft. Und woran es liegen mag, dass das Lebensgefühl der Bürger zunehmend Apathie und Resignation dominieren.

Christian Fleck*

Wohin geht Österreich? So zu fragen unterstellt, es gäbe noch wen, dessen Sorgen über den Horizont der morgigen Berichterstattung über das heute vollmundig Verkündete hinaus reichen, der einen Plan hat, der mehr als die Eroberung eines bestimmten Postens oder dessen Verteidigung gegen Konkurrenten zum Inhalt hat.

Dem kann man mit Recht entgegenhalten, dass sich glücklich die fühlen können, die nicht in interessanten Zeiten leben. Sicherheit, Wohlstand und Stabilität sind das Gegenteil dessen, was interessante Zeiten auszeichnet. Was soll also die Klage? Spricht aus ihr nicht nur Wohlstandsüberdross?

Möglicherweise. Doch müsste man mit Blind- und Taubheit geschlagen sein, fiel einem nicht auf, dass Apathie und Resignation heute häufiger zu beobachten sind als etwa noch vor zehn Jahren (als die schöne neue Welt des Internets Euphorie auslöste), vor zwanzig (als das Ende Sowjeteuropas Hoffnungen weckte) oder noch mehr

Jahren (als gar soziale Utopien sprießen).

Seit einem Jahr reden alle von der Krise des Finanzmarktes. Aber im Alltag merken davon nur jene etwas, die einen Bekannten unter den Entlassenen oder Kurzarbeitenden haben. Die Krise erleben wir nicht, wir fürchten uns nur davor. Und finden uns bereitwillig mit der Zusicherung der institutionalisierten Politik ab, dass man „alles im Griff“ habe. Achselzucken statt Aufbegehren scheint zum Signum der Gegenwart geworden zu sein.

Wohin entwickelt sich aber eine Gesellschaft, wenn alle Zeichen auf Weiterwurschteln stehen? Oder anders formuliert: Wie zukunftsfähig ist Österreich?

Zukunftsfähigkeit meint, dass die kommenden Jahre einer Absicht unterworfen werden, weil ein Plan verfolgt wird. Dazu bedarf es zuvor aber einer Analyse der Mängel und einer realistischen Beurteilung der Möglichkeiten, sie zu verändern.



Befund eines Skeptikers: Christian Fleck. F.: Furgler

Dazu gehört auch, sich darüber klar zu werden, wer denn Akteur dieses Wandels sein kann.

Im Folgenden soll an vier Beispielen gezeigt werden, dass diesbezüglich schwere Zweifel zu äußern fast unabweisbar ist – sowohl was die Analyse-, als auch, was die Gestaltungsfähigkeit betrifft.

Die Beispiele sind so gewählt, dass sie nicht jene Klagen wiederholen, die schon niemand mehr hören kann. Es geht also nicht um die Vorzüge des Mehrheitswahlrechts, das – hätten wir es – für die Demokratie alles andere glücklich fügen würde; es geht nicht um die Staatsreform, die – wenn sie denn eines Tages beschlossen wäre – uns aller Budgetsorgen entheben wird.

Es geht ebenso wenig darum, jene Entwicklungen anzuführen, die auch in Österreich Platz greifen werden, weil wir als Mitglied – soll man sagen glücklicherweise? – Entscheidungen der EU in nationales Recht und heimische Politik umzusetzen haben. Schließlich geht es mir auch nicht darum, irgendeine handliche soziale Utopie zu propagieren, die die Welt, wenn schon nicht aus den Angeln zu heben, so doch in einen Zustand zu versetzen verspricht, der das Leben erst richtig lebenswert macht.

Zukunftsfähigkeit bedeutet, Politikfelder so zu analysieren, dass sich Konturen eines Konsenses abzeichnen: Was ist das zu lösende Problem und welche Vorschläge welcher Interessensgruppen stehen einander gegenüber?

Mit der tagtäglichen koalitionsären Kompromisspraxis und deren vermeintlichen oder tatsächlichen Gefährdungen (Hacklerregelung! EU-Kommissar! „Neidkonto“!) hat das nichts zu tun, da diese ständig darauf schießt, die eigene Klientel versorgt zu wissen und insofern nach wie vor vom Proporzdenken bestimmt ist. Proporz ist die Karikatur von Konsens. Proporz-Kompromisse folgen der Logik des Dealens. Konsensfindung ist Ausdruck politischer Kultur.



Es geht voran: Der Kanzler dankt für ein Präsent der Milchbauern, ...

Innovation als Importware: Viel Papier und heiße Luft



Die Regierung Schüssel gründete 2000 den Rat für Forschung und Technologieentwicklung, der seither nicht müde wird, die heimische Innovationspolitik beflügeln zu wollen. Berge von Papier wurden produziert, vor allem aber tat sich der Rat mit der Verkündung von Strategien hervor: Auf die 2005 verkündete „Strategie 2010“ folgte 2007 eine „Exzellenzstrategie“, und im vergangenen August wurde in Alpbach die „Strategie 2020“ feierlich aus der Taufe gehoben, an deren Ausarbeitung mitzuwirken „alle“ eingeladen waren, wofür ein eigenes Webportal eingerichtet wurde. Abermals wurden viel Papier und noch mehr Kilobyte beschrieben – zum Beispiel unter der verlockenden Überschrift „Vision 2020“ mit Sätzen wie diesem: „Österreich ist eine erfolgreiche und international anerkannte Innovationsnation. Exzellente Forschung und radikale

Innovationen sind die Basis für Österreichs führende Position...“ Wer da noch weiter liest, demonstriert Leidenschaft.

Als Beratungsorgan der Bundesregierung formuliert der Rat nicht deren Strategie, sondern rät ihr nur zu einer. Eine Strategie ist ein Plan von jemandem, der mehr oder weniger klare Interessen verfolgt. Ihr Vorhandensein soll sicherstellen, dass die Richtung nicht alle paar Augenblicke geändert wird. Wo eine Strategie zustande kam, weil vorher widerstreitende Interessen ausgelotet und Kompromisse gefunden wurden, mag es Sinn machen, eine Agentur einzurichten, die darüber wachen möge, dass nicht vom vereinbarten Weg abgekommen werde. Doch diese Agentur mit der Ausarbeitung, Umsetzung und Überwachung zu beauftragen heißt, sie allein zu lassen mit den widerstreitenden und zu meist mächtigeren Interessengruppen.

Eine Rat-Einsicht mit dem zweifelhaften Wert, den Plattitüden nun einmal haben, besteht darin, dass seine Experten herausgefunden haben, dass Österreich zu den „Innovation Followers“ zähle, die das nachmachen, was die „Innovation Leaders“ kreierten, und zur Beruhigung wird aufgezählt, welche Staaten mit uns in der B-Liga spielen. Für das Politikfeld Innovationsstrategie trifft tatsächlich zu, was der Rat aber genereller meinte: Alle Bestandteile der heimischen Innovationspolitik der vergangenen beiden Jahrzehnte wurden aus dem Ausland, vor allem aus der EU-Zentrale, importiert: der Rat selbst, die 3%-Quotenmagie, die Führer und Gefolgschaft-Unterscheidung etc.

Verzichtet wurde hingegen auf eine Analyse der Bedingungen möglicher Innovationspolitik. Sie hätte an ein paar Eckpfeilern österreichischer Realpolitik rütteln müssen, um beispielsweise zu entschlüsseln, wie in einem Land, in dem alle entscheidenden Positionen proporzmäßig besetzt waren und sind, dennoch eine international beachtliche Wirtschaftsleistung erzielt werden konnte.

Stattdessen trotten die Innovationsratgeber brav hinter den Kolonnen her und glauben, das wäre schon eine Innovation. Auf diese Weise haben wir alles, was alle an-

HANS RAUSCHER

Das qualitativ Neue an der Buwog-Affäre



Ein Poster auf derStandard.at möchte zur Buwog-Affäre wissen, ob früher auch solche Sitten geherrscht hätten oder ob das

KHG-Freunderlsyndrom neue Qualität besitzt.

Nun, politisch gedeckte oder sogar veranlasste Korruption hat es in der Zweiten Republik von Anfang an gegeben. In der Affäre Krauland (VP) knapp nach dem Krieg ging es um verstaatlichte Betriebe. Der verstaatlichte Sektor – der lange größer und wichtiger war als der Private – besaß überhaupt so etwas wie eine strukturelle Korruption. Die beiden herrschenden Parteien ÖVP und SPÖ bedienten sich beim öffentlichen Gut: durch direkte Parteifinanzierung, durch Besetzung von Posten mit Günstlingen. Nicht nur in Toppositionen. Die personelle Überbesetzung bei ÖBB, Post, Verbund, Voest etc. war ein Wählerbestechungsinstrument der Parteien (meist der SPÖ).

Dann gibt es kriminelle Fälle wie die „Lucona“-Affäre. Der sowohl bunte wie düstere Typ Udo Proksch versuchte einen Großversicherungsbetrug mit einem Schiff, das er versenkte. Leider gingen dabei sechs Matrosen drauf. Der Darling der Wiener Schickeria mit Zugang zu Modells wurde lange gedeckt: von der SPÖ (Außenminister Gratz), der mitregierenden FPÖ (Justizminister Öfner), von Polizei und Justiz. Auch die *Krone* hielt erstaunlich aktiv an der Unschuldsumutung fest. Die ÖVP hatte ebenfalls ihre Affären, sie waren aber bescheidener als bei der lange Zeit alleinregierenden SPÖ. Macht korumpiert, totale Macht korumpiert total (Lord Acton).

Was also ist der Unterschied zu heute? Zunächst die Summen. Bei der Steuerhinterziehung, die dem damaligen Finanzminister Hannes Androsch vorgeworfen wurde (und wofür er rechtskräftig verurteilt wurde), ging es um sechs Millionen Schilling. Die durch nichts zu begründende und steuerhinterzogene Provision für die Grasser-Freunde Meischberger und Hohegger umgerechnet rund 130 Millionen Schilling.

Die wirklich neue Qualität besteht aber im ideologischen Ansatz. Politische Korruption war hauptsächlich dadurch bedingt, dass der Staat und damit die Parteien so viel Einfluss in der Wirtschaft hatten. Die Regierung Schüssel, also die ÖVP-FPÖ-Koalition, war mit dem Anspruch angetreten, mit der überbordenden Staatswirtschaft aufzuräumen.

Haider hatte als Oppositioneller erbarmungslos Postenschacher und Korruption der großen Koalition angegriffen. Und was taten sie, kaum an der Macht? FPÖ-Günstlinge kamen massenhaft zum Zug. Der Immobilienmakler Plech, ein äußerst rechter FPÖler, wurde in den Vorgang der Privatisierung eingeschleust. 62.000 Wohnungen wurden zu einem Stückpreis von durchschnittlich 15.000 Euro (!) an einen laut Zeugenaussagen vorherbestimmten Bieter (Es gilt die Unschuldsumutung) verklopft. Es flossen zehn Millionen Euro Provisionen an Freunderln des Finanzministers.

Schüssel sah diesem und ähnlichem Treiben zu. Was er und die FPÖ als „neues Regieren“, gerühmt hatten, bot enorm viel Filz, womit im Übrigen auch die grundsätzlich richtige Idee eines Rückbaus des Staatseinflusses auf die Wirtschaft diskreditiert war. hans.rauscher@derStandard.at

ERRATA

Man macht sich ein falsches Bild

Das Bild, das man sich macht, ist ja oft ein falsches. Da wird man gefragt, ob es denn wirklich sein kann, dass die Großmutter des US-Präsidenten dessen Friedensnobelpreis gefeiert habe. Man ist überrascht und erinnert sich, dass es da eine Todesmeldung gegeben hat. Das lässt sich leicht nachprüfen – zu schnell, schon ist von der falschen Oma die Rede. Vor einer Woche ist diese Verwechslung an dieser Stelle passiert. Präsident Barack Obama hat seine Großmutter mütterlicherseits, Madelyn Dunham, auf Hawaii verloren, Sarah Obama hingegen lebt. Greenpeace-Aktivistinnen haben kürzlich Solarzellen auf ihrem Haus angebracht, es geht ihr augenscheinlich gut. Die Darstellung, sie habe sich in Kenia gefreut und ihren Enkel hochleben lassen, wäre also nicht zu korrigieren gewesen.

Mit ein wenig Konzentration hätte es auch glatt gelingen können, die geplante Änderung des spanischen Abtreibungsgesetzes korrekt darzustellen. „Die neue Bestimmung sieht vor, dass ein Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten 14 Tage legal ist“, erklärten wir. 14 Wochen wären die richtige Angabe gewesen.

Das Bild, das wir uns von unserer parlamentarischen Vertretung gemacht haben, ist ebenfalls nachzuschärfen. „Nur 67 von 183 Nationalratsabgeordneten sind weiblich“, rechneten wir anlässlich einer Frauenquote im Hohen Haus Anfang des Monats vor. Das seien

27,9 Prozent aller österreichischen Abgeordneten. Diese ominöse Prozentzahl war schon am Tag davor im Blatt aufgetaucht – in faszinierender Weise war sie da richtig, 24 Stunden später jedoch falsch.

Über Nacht sind die Bezugsgrößen verrutscht. Unter den 183 Abgeordneten zum Nationalrat gibt es eben nur 51 Frauen – das sind tatsächlich 27,9 Prozent. Es gibt aber noch 16 weibliche Abgeordnete zum Bundesrat, der derzeit insgesamt 62 Mitglieder zählt. Zusammen ergibt das die erwähnten 67 weiblichen Abgeordneten – jedoch in beiden Kammern. 27,3 Prozent aller 245 Abgeordneten im Haus am Ring sind also Frauen.

Nicht unter ihnen befindet sich Maria Fekter, auch wenn wir ihre Vita bei einem Gastkommentar so aussehen lassen haben. Als Ministerin hat sie ihr Mandat zurückgelegt, sie beschloss das Fremdenrecht also nicht auch noch selbst. In früheren Zeiten war ein derartiges Vorgehen jedoch möglich.

Ein Wort noch zu den Hexen von Eastwick. Im RONDO der Vorwoche war von diesen die Rede. Es ging um ein Haus in Massachusetts, das „schon oft als Filmschauplatz genutzt“ wurde – „etwa für die John-Ingving-Adaption *Die Hexen von Eastwick*“. Die Buchvorlage stammt von John Updike. Otto Ranftl
Leserbeauftragter
Leserbriefe@derStandard.at
otto.ranftl@derStandard.at

Es ist von unheimlich logischer Konsequenz, dass die Großverdränger in Österreich diejenigen am intensivsten ablehnen, welche zuerst den Mechanismus der Verdrängung durchschauten und bis heute und wohl zeitlos gültige Wege zu ihrer Aufhebung gewiesen haben: Sigmund Freud und Alfred Adler. Wohin kämen wir, wenn wir die Wahrheit über uns zuließen? Das darf unter keinen Umständen geschehen.

ERWIN RINGEL